

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Verlag
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Postfachstelle
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 107.

Freitag, 11. Mai 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Banger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Die in Gemäßheit von Artikel II, § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetz-Blatt Seite 245 f. — nach dem Durchschnitte der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Großenhain im Monat März dieses Jahres festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwörthen innerhalb der Amtshauptmannschaft im Monat April d. J. an Militär-Pferde zur Verabreichung gelangende Marschfouage beträgt:

9 Mt. 38,7 Pfg. für 50 Kilo Hafer,
6 Mt. 03,7 Pfg. = 50 = „ „
3 Mt. 36 Pfg. = 50 = „ Stroh.

Königliche Amtshauptmannschaft Großenhain,
am 9. Mai 1894.

D. 902.

v. Wilndt.

In.

Bekanntmachung.

Eingegangen sind folgende Gesetze, welche in der Rathserpedition eingesehen werden können: Verordnung, den Nachrichtenendienst in Viehseuchenangelegenheiten betreffend; vom 27. März 1894. Verordnung zur Ausführung der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 1. März 1894, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung von Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie; vom 28. März 1894. Verordnung, die Enteignung von Grundeigentum für Verbesserung der Bahnstrecke beim Haltepunkt Plauen bei Dresden betreffend; vom 30. März 1894. Gesetz, die Aufnahme einer Prozentigen Rentenleihe betreffend; vom 2. April 1894. Verordnung, das Formular C zu den Anzeigen über Unglücksfälle und Selbstmorde betreffend; vom 18. April 1894. Gesetz wegen Ergänzung und Aenderung des Forststrafgesetzes und der Gesetze, das Verfahren in Forst- und Feldrügefällen betreffend; vom 24. April 1894. Verordnung, das Zutrittstreten des Gesetzes wegen Ergänzung und Aenderung des Forststrafgesetzes und der

Gesetze über das Verfahren in Forst- und Feldrügefällen vom 24. April 1894 sowie die neue Fassung der erwähnten Gesetze betreffend; vom 25. April 1894.
Riesa, den 9. Mai 1894.

Der Stadtrath.
Räthler.

Holz-Versteigerung.

Gohrischer Revier. Gasthof „zur Königslinde“ in Büllnis.

Montag, den 21. Mai 1894, Vorm. 9 Uhr.

9 Kie. Stämme von 15—19 cm Mittellst., 10,2 m Länge,	} Auf den Kahlschlägen der Abtheil. 32 und 34 (Am Königsstand).
9 „ „ 18—22 „ „ Oberst., 4 „ „	
50 „ „ Derbstangen von 13—15 cm Unterst., 10 und 11 m Länge.	} Auf dem Kahlschlage der Abtheilung 32 (Am Königsstand).
266 rm kieferne Brennholz,	
539 „ „ „ „ „	
342 „ „ „ „ „	
2697 „ kiefernes Astreisig,	
270 „ kieferne Stöße.	

Dienstag, den 22. Mai 1894, Vorm. 9 Uhr.

16 rm kieferne Brennholz,	} Auf den Kahlschlägen der Abtheilungen 24 und 29 (Neuland, Strehlaer Feld).
653 „ „ „ „ „	
482 „ „ „ „ „	
1401 „ kiefernes Astreisig.	

Königl. Forstrevierverwaltung Gohrisch und Königl. Forstrentamt
Moritzburg, am 5. Mai 1894.

Eppendorf.

Wittelbach.

Tagesgeschichte.

In den deutschen Parlamenten spielen jetzt überall Wahlrechtfragen eine große Rolle. Dem Reichstag hat ein ganzes Bündel sozialdemokratischer und freisinniger Anträge auf Abänderung des Reichswahlrechts vorgelegen, von denen nur der auf Sicherung des Abstammungsgeheimnisses bezügliche zur Berathung gelangt ist. In preussischen und in anderen deutschen Landtagen wird die Wahlrechtsfrage bei jeder Gelegenheit behandelt. Das Drängen nach Veränderungen auf diesem Gebiet geht meist von der äußersten Linken, den Freisinnigen und Sozialdemokraten aus, aber auch das Centrum arbeitet mit an diesen Bestrebungen, deren Ziel in der Schwächung oder Aufhebung des größeren Wahlrechts der höheren Steuerzahler zu den Landtagen und in der noch weitergehenden Demokratisierung des Reichswahlrechts liegt. Es ist dieser Frage gegenüber eine wahre Unruhe ausgebrochen, die sich in den verschiedenartigsten Anregungen äußert. Ob viel Praktisches dabei herauskommt, ist allerdings sehr zweifelhaft. Jedes Wahlrecht hat Bedenken gegen sich und bringt Mißstände hervor und niemals wird es gelingen, eine nicht nur der Volkszahl, sondern auch der Bedeutung der verschiedenen Volksschichten für Staat, Gesellschaft und Kultur vollkommen entsprechende Vertretung herbeizuführen. Der allerschwerste, rohste und kulturfeindlichste Zustand würde eintreten, wenn nur noch ganz ausschließlich die brutale Zahl der Volksmassen den Ausschlag bei allen Vertreterwahlen geben würde. Wollte man dieses Prinzip bis zu seinen letzten Folgerungen entwickeln, so müßten nicht nur die gesetzgebenden Körperschaften, sondern auch die Communal-Verwaltungen den Massen ausgeliefert werden. Wir könnten dann schöne Zustände erleben. Einer noch weiteren Demokratisierung des Reichswahlrechts, ebenso wie einer Schwächung der staatserkaltenden Elemente in den Landesvertretungen müssen alle patriotischen und einsichtigen Männer Widerstand leisten.

Deutsches Reich. Am 8. d. M. ist, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, im Reich-Eisenbahnamt unter Theilnahme von Vertretern der Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg über die Frage der Sonntagsruhe im Eisenbahn-Güterverkehr weiter verhandelt worden. Nach den von den einzelnen Regierungen angeforderten Erhebungen und den bereits gemachten Erfahrungen einigte man sich darüber, daß es angängig sein werde, auf allen deutschen Eisenbahnen den Güterverkehr an Sonn- und Festtagen, abgesehen von den Zeiten des stärksten Verkehrs, wenn auch nicht ganz einzustellen, so doch wesentlich einzuschränken. Es ist in Aussicht genommen, nach Beendigung der nöthigen Vorbereitungen in diesem Sinne weiter vorzugehen.

Ein neuer Prozeß Ahlwardt ist wieder in Sicht. Es ist nämlich von der hiesigen Staatsanwaltschaft am Landgericht I gegen Ahlwardt unter dem 8. Mai Anklage wegen Beleidigung des Finanzministers Dr. Miquel erhoben worden. Die Beleidigung soll in einer Rede begangen worden sein, die Ahlwardt vor längerer Zeit in einer Berliner Volksversammlung hielt und in der er sein bekanntes Altematerial behandelte. Damit auch sonst an Aufsehen erregende „Enthüllungen“ kein Mangel sei, kündigt der bekannte frühere Redakteur der „Reichsglocke“ Joachim Geshlen eine neue Broschüre an, die in den nächsten Tagen in Berlin erscheinen und sich „Aus dem Reichs Bismarck“ betiteln soll. Wie es heißt, werden sich die sogenannten Enthüllungen auf die Entstehungsgeschichte des Antisemitismus beziehen.

Angeichts der bedrohlichen Lage auf Samoa sind, wie der „Hann. Cour.“ mittheilt, mehrere deutsche Kriegsschiffe mit Anweisung versehen worden, sich in Bereitschaft für den Fall zu halten, daß eine entscheidendere Wahrnehmung der deutschen Interessen in Samoa für angezeigt erachtet werden sollte.

Die Beendigung der Arbeiten der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch wird sich, wie die „Post. Z.“ schreibt, voraussichtlich bis in das Jahr 1896 hinein erstrecken. Die Arbeiten dürften sich aber leicht noch weiter ausdehnen durch die geplante Revision der Handelsgesetzgebung und des Versicherungswesens, die gleichzeitig mit zur Erledigung gebracht werden soll. Nach diesen Richtungen hin sind Vorbereitungen schon jetzt in Angriff genommen worden. Als die Kommission ihre Arbeiten begann, hat man ihr freilich eine nicht so große Zeit, als nun erforderlich geworden, für die Fertigstellung des Werkes gegeben.

Der Bund der Landwirthe besitzt nach seiner Zählung vom 5. Mai 201756 Mitglieder.

Hauptmann Morgen, der bekanntlich Mitte vorigen Monats mit den von ihm in Aegypten angeworbenen etwa 70 Sudanesen in Kamerun eingetroffen ist, wird wahrscheinlich noch im Laufe dieses Monats nach Deutschland zurückkehren. Er hatte von vornherein nur die Anwerbung und Uebersiedelung der Sudanesen übernommen und seine Aufgabe auf einige Monate berechnet.

Eine im amtlichen Theil des „Reichsanzeigers“ veröffentlichte Verfügung des Reichskanzlers bestimmt, daß den im Dienst der Schutzgebiete von Kamerun, Togo und Deutsch-Ostafrika stehenden Landesbeamten, welche dableibt eine längere als einjährige Verwendung gefunden haben, die dort zugebrachte Dienstzeit bei der Pensionirung doppelt in Anrechnung zu bringen ist.

Der Militär-Politischen Korrespondenz zufolge wird der Dometische Panzer für Kriegszwecke als ungeeignet betrachtet, sowohl, was die Panzerung von Mann und Pferd,

als auch, was die Panzerung beweglicher Feldbestimmungen betrifft.

Die „Kreuztg.“ theilt mit: Schon jetzt besteht in den Major v. Wissmann nachstehenden Kreisen die Ueberzeugung, Wissmann werde nicht mehr in die Tropen zurückkehren, sondern dauernd in Deutschland verbleiben. Bezüglich fernerer Verwendung des Reichskommissars Dr. Peters steht noch nichts fest. Die vor 3 bis 4 Jahren beschlossene Einsetzung von Commissaren unter dem Gouverneur ist eigentlich niemals ganz zur Ausführung gekommen. Daß man die Aufhebung der Commissariate schon früher ins Auge gefaßt hat, geht daraus hervor, daß bei dem bezüglichen Staatsposten von 45000 Mark für das Jahr 1894/1895 die Bemerkung „hinzugetreten“ hinzugefügt worden ist.

Die Deutsche Colonialgesellschaft hält am 16. d. Mts. in Frankfurt a. M. eine außerordentliche Vorstandssitzung ab, um über die Entsendung einer Expedition in das Hinterland von Togo Beschluß zu fassen. Die „Kreuztg.“ meint, die Wahrscheinlichkeit spreche dafür, daß der Vorstand die erforderlichen Summen bewilligen werde, da auch das auswärtige Amt aus dem Afrikafonds einen Betrag von 20000 Mark zugesagt hat. Man scheint den Abgang der Expedition in diesem Sommer als sicher anzusehen.

Das deutsche Geschwader, bestehend aus den Panzerschiffen „Baden“, „Bayern“, „Sachsen“, „Württemberg“ und dem Aviso „Greif“, ist gestern in den Firth of Forth eingelaufen.

Der „Socialist“, das in Berlin erscheinende Organ der Anarchisten, entwirft für seine Leser ein Bild von dem Zukunftstaate nach seiner Auffassung. „Wir streben“, heißt es da u. A., „einem Zeitalter der Ruhe und des Genusses entgegen, und nicht allein meinen wir den geistigen Genuß, sondern auch den sinnlichen Genuß. Wir wollen die Schnapsläufer aus der Welt schaffen und wollen sie lehren, daß, wenn sie schon das Trinken nicht lassen können, sie doch lieber Burgunder im Polale blinken lassen sollen. Wir verlangen nach Liebesgenuß, nach Tanz und Lustbarkeit, nach Wandel-fahrten und Gebirgswanderungen, wir verlangen nach den Menschen oder doch schöne Gewänder für Alle.“ — Der „Socialist“ versichert, daß das Alles nicht mehr ins Reich der Fabel gehören werde, sobald diese Ideen erst in die Köpfe und in die realen Hände von Millionen steigen würden.

Ein wichtiger Beitrag zur Samoafrage liegt jetzt in einem Schreiben des amerikanischen Staatssekretärs Gregham vor, welches dem Senat zu Washington zugegangen ist. Es wird darin ausgeführt, die Vereinigten Staaten hätten wiederholt das Protektorat über Samoa abgelehnt und dem Vertrag von 1878 mehr aus Gefälligkeit (1), als aus Interesse zugestimmt. Samoa sei voller Gefahr für die Sicherheit und Wohlfahrt Amerikas, welches vergebens nach einem